

EDITORIAL

Liebe Jusos,

„in welchem Land wollen wir leben“ fragt uns der Wahlspot, der in diesen Tagen auf jeder Großveranstaltung der SPD gezeigt wird und diese Frage bringt es auf den Punkt.

Möchten wir in einem Land leben, in dem die von neoliberaler Ideologie durchtränkten Parteien CDU und FDP die Sozialversicherungen privatisieren, in dem Gutverdienende pauschal als „Leistungsträger unserer Gesellschaft“ tituliert werden und für diese die Spitzensteuersätze gesenkt werden? Möchten wir in einem Land leben, in dem es heißt „Arbeit muss sich wieder lohnen“ und die Konsequenz daraus nicht ist, dass Mindestlöhne eingeführt werden, sondern die Bezüge von „Hartz IV“ soweit gesenkt werden, dass JEDER Lohn höher ist?

Unsere Antwort ist ein klares NEIN! Wir kämpfen für eine sozialdemokratische Mehrheit in unserem Land, für einen Kanzler Frank-Walter Steinmeier und für ein Land, in dem der Begriff „Leistungsträger“ nicht für Gutverdienende reserviert ist, sondern die gewürdigt werden, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, für ein Land, in dem Spitzenverdienende nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden, um eine bessere Bildung für alle zu finanzieren, in dem jeder und jede frei und selbstbestimmt leben kann und die dem die Schere zwischen Arm und Reich wieder geschlossen wird.

Es sind noch weniger als zwei Wochen Zeit, um die Menschen für unsere Sache zu überzeugen, weniger als zwei Wochen Zeit, um unserem Anspruch als Umfrage-Sieger Besiegende gerecht zu werden.

Viel Spaß im restlichen Wahlkampf und beim Lesen des EIVER!

Freundschaft!

Kristof Becker

RICHTUNGSWAHL? NICHT SO SCHNELL!

Wahlen, insbesondere Bundestagswahlen, sind selbstverständlich immer enorm wichtig. In ihnen wird der politische Kurs des Landes für die nächsten vier Jahre vorgegeben. In einer Wahl haben die Bürger eine Gelegenheit, auszu drücken, ob sie mit der Arbeit der Regierung zufrieden sind und sich mehr davon wünschen, oder aber, ob sie lieber anders regiert werden. Eine Wahl hat große Bedeutung.

Gelegentlich sind Wahlen jedoch mehr als nur eine Richtungsbestimmung für die nächsten vier Jahre, sondern bestimmen den politischen Kurs für lange Zeit, manchmal für mehrere Jahrzehnte. Wenn die Wahl kurz bevor steht, ist es immer schwer, zu erkennen, dass man vor solch einer Schicksalswahl steht. Oft wird erst Jahre oder Jahrzehnte später klar, ob diese Wahl den Kurs des Landes grundlegend geprägt hat. Solche Wahlen werden im Allgemeinen als „Richtungswahlen“ bezeichnet.

Um seine eigenen Wähler mobilisieren zu können, wird sehr gerne von Politikern aller Parteien jede Wahl zur Richtungswahl erklärt, obwohl man im Rückblick der jüngeren Geschichte wohl nur wenige Richtungswahlen ausmachen kann. Auch diese Wahl erfährt ihre Stilisierung zur Richtungswahl. Aber ist sie es wirklich?

Richtungswahlen zeichnen sich dadurch aus, dass die Alternativen des politischen Spektrums grundlegend unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie die zukünftige Politik in einem oder mehreren zentralen Feldern aussehen soll. Das sind üblicherweise Felder wie die Außenpolitik, die Wirtschaftspolitik oder die Gesellschaftspolitik.

1949 war eine Richtungswahl: Die Union wollte eine Eingliederung Westdeutschlands in den Westblock, auf Kosten der deutschen Wiedervereinigung, sie wollte Marktwirtschaft; die SPD wollte ein neutrales einiges Deutschland als Pufferstaat in der Mitte zweier Blöcke, sie wollte Planwirtschaft. Die Wähler entschieden sich für den Weg der Union.

Er prägte Deutschland über Jahrzehnte. Als die SPD Regierungsverantwortung übernahm, hatte sie Marktwirtschaft und Westintegration akzeptiert.

1972 war eine Richtungswahl: Die Union wollte ein Ende der konzilianteren Ostpolitik, sie wollte in der Gesellschaft eine Rückkehr in die Zeit vor 1968, die SPD wollte die Fortführung der Entspannungspolitik und gesellschaftliche Reformen; die SPD setzte sich durch und reformierte Deutschland – langsam aber grundlegend. Als Helmut Kohl schließlich an die Macht kam, konnte und wollte er die Politik der sozialliberalen Koalition nicht mehr rückgängig machen.

Gibt es heute Unterschiede zwischen den großen Parteien oder den „Blöcken“, die so grundlegend sind, dass die Annahme oder Ablehnung ihrer Positionen Deutschland über Jahrzehnte hinaus prägen werden?

Außenpolitik: Wesentliche Unterschiede kann ich nicht ausmachen. Die SPD mag an der Basis etwas pazifistischer sein, allerdings wird sich auch eine schwarz-gelbe Koalition kaum in den nächstbesten Krieg stürzen.

Gesellschaftspolitik: Sogar die Union baut jetzt Kinderkrippen. Mit einem Vizekanzler Westerwelle kann ich mir auch nicht vorstellen, dass Homosexuelle entrechtet werden würden.

Unterschiede gibt es in der Energiepolitik, das ist keine Frage: Union und FDP würden die Atomkraftwerke länger laufen lassen, was SPD und Grüne entschieden ablehnen.

Bleibt noch die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hier mangelt es wirklich nicht an mahnenden Stimmen. Da wird darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse des Leipziger Parteitages noch immer gelten, dass Angela Merkel ihr neoliberales (der Begriff ist eigentlich nicht korrekt, aber weil alle ihn verwenden, tue ich es auch) Gesicht in den letzten Jahren geschickt verborgen hätte aber, wenn sie nach der Wahl die Möglichkeit dazu hätte, die Maske fallen lassen würde und in ungehemmter Reformwut wie eine teutonische Margaret Thatcher über Kündigungsschutz, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Entsendegesetz herfallen würde. Andererseits spricht ihr Regierungsstil in den letzten vier Jahren eigentlich gegen diese Befürchtungen.

Zugegeben, es gibt viele Stimmen aus dem Unionslager und insbesondere von der FDP, die befürchten lassen, dass Dinge unter schwarz-gelb entschieden in die falsche Richtung lau-

fen könnten. Arbeitnehmerrechte könnten empfindlich beschnitten, Steuern für Reiche gesenkt werden, die Finanzmärkte könnten unreguliert bleiben. Das wäre in der Tat eine schwere Last für unser Verständnis, wie ein Land wie Deutschland organisiert sein sollte.

Aber: Würde das auch so kommen? Angela Merkel, die ja lange mit dem Vergleich zu Thatcher kokettierte, wirkte in ihrer Amtszeit auf mich mehr wie Helmut Kohl: als Kanzlerin, die Kritik einfach ignoriert, sich selten konkret festlegt, Probleme am liebsten aussitzt und nichts – aber auch gar nichts – tut, was ihren persönlichen Machterhalt gefährden könnte.

Wissen wir genau, wie Angela Merkel regieren würde, wenn sie frei von den Ketten der Großen Koalition wäre? Nein. Vieles wird vom Wahlausgang, insbesondere von der Stärke der FDP abhängen. Besteht die Möglichkeit, dass Merkels Kurs kaum geändert würde? Allerdings.

Bedeutet das, dass die Wahlen unwichtig sind? Bedeutet das, dass es egal ist, ob Frank-Walter Steinmeier Kanzler wird, oder, wenn Merkel im Amt bleibt, ob dies in einer schwarz-gelben Koalition sein wird? Ganz bestimmt nicht! Es gibt in sehr vielen Fragen, insbesondere, was die Behandlung der Finanzmärkte angeht, spürbare Unterschiede. Ich kämpfe dafür, dass Steinmeier Kanzler wird und wir auch weiterhin sozialdemokratische Politik machen können. Aber aus heutiger Sicht stellt es sich eher nicht so dar, als ob bei der Wahl im September das Land am Scheideweg zwischen Sozialstaat und Marktradikalismus, zwischen Frieden und Kriegstreiberei stünde. Ich mag mich irren. Ich hoffe, ich habe Recht.

Wie eingangs erwähnt, ist jede Wahl immens wichtig. Auch dieses Mal wird Deutschlands Kurs für die nächsten vier Jahre bestimmt. Aber werden die Auswirkungen noch größer sein?

Erleben wir wirklich, wie uns viele weismachen wollen, eine Richtungswahl? Ich glaube nicht.

Bastian Jansen

GLEICHBERECHTIGUNG — GLEICHSTELLUNG

Gleichberechtigung haben wir doch schon längst - nein, auch heute über 90 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts haben wir das noch nicht geschafft. Auch wenn

heute jede Frau eigentlich die gleichen Chancen haben müsste wie die Männer, halten sich die alten Geschlechterrollen hartnäckig.

Die Gleichstellung ist, obwohl sich schon viel getan hat, noch lange nicht erreicht.

Wir wollen nicht, dass in Deutschland der Werdegang durch das Geschlecht beeinflusst wird.

Viele Frauen haben immer noch die Hauptverantwortung im Haushalt und immer noch nehmen kaum Männer Elternurlaub.

Typische Frauenberufe wie Krankenpflegerin oder Friseurin werden sehr schlecht bezahlt und haben kaum Aufstiegschancen. Immer noch gibt es kaum Frauen in Führungspositionen. Und nein, es liegt sicher nicht daran, dass Frauen vielleicht nicht wollen. Nein, es sind die Strukturen unserer Gesellschaft, die Frauen noch heute den beruflichen Aufstieg verbauen oder sie in die typischen Frauenberufe drängen.

Arbeiten in den Bereichen Pflege und Betreuung sollten zum Wohl der Pfleger und der Gepflegten stärker aufgewertet werden. Solche Dienstleistungen müssen öfter regulär bezahlt werden, damit auch die Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, einen ordentlichen Versicherungsschutz und humane Arbeitsbedingungen haben!

Sollte es heute nicht selbstverständlich sein, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen? Wie ist es möglich, dass Frauen im Schnitt 25% weniger Lohn bekommen? Wie ist es möglich, dass Frauen sich so ausbeuten lassen müssen? Hier muss man einschreiten mit der Forderung nach mehr Frauen in den Aufsichtsräten, für mehr Mitbestimmung der Frauen. Außerdem muss man sich dafür einsetzen, dass Firmen mit gleichem Lohn für Männer und Frauen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden und so deutlich in die richtige Richtung zeigen.

Familie und Beruf zu koordinieren ist weiterhin ein Problem, mit dem sich fast nur Frauen befassen müssen, weil die meisten Familien es sich nicht leisten können auf das höhere Einkommen des Mannes zu verzichten. Doch hat ein Mann etwa nicht die gleichen Verpflichtungen gegenüber

seinen Kindern wie eine Frau? Deshalb sollte es möglich sein die Elternzeit gerecht zwischen beiden Elternteilen aufzuteilen.

Genau wie auch die Arbeit! Es darf keine männer- oder frauentypischen Berufe mehr geben! Um das zu erreichen, brauchen wir bessere Berufsberatungen für Mädchen und Jungen, bei denen nicht aufs Geschlecht gesehen wird!

Und glauben Sie mir, es gibt noch viel mehr, was sich in Deutschland noch ändern muss, bis wir endlich Gleichberechtigung haben!

Doch das alles können wir nur mit der SPD erreichen, denn sie ist die einzige Partei, die sich schon seit ihrer Gründung für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen einsetzt und die Frauen von Anfang an auf ihrem harten Weg unterstützt hat.

Deutschland muss mit dieser Wahl zeigen, dass es sozialer und gerechter werden will. Dies ist nur mit der SPD möglich, denn sie ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die SPD macht sich stark, für einen dringend notwendigen sozialen Wandel in Deutschland. Darum am 27. September SPD wählen und damit einen ersten Schritt in die richtige Richtung tun.

Katrin Kogel

U (UNION DEUTSCHLANDS)

„CDU“ steht bekanntlich für „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“. Wie kann aber eine Partei christlich sein, die nichts gegen Grüne Gentechnik unternimmt? Die keine wirksamen Maßnahmen gegen den Klimawandel anschiebt? Die sich als Atomkraft-Lobby positioniert? Alles Dinge, die mit Erhalt der Schöpfung nichts zu tun haben. Weiterhin verhindert sie den Mindestlohn, obwohl es wohl kaum christlich ist, wenn Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Ich erinnere an das Gleichnis vom Weinberg. Und ausländerfeindliche Hetze von Spitzenkräften hat mit Christentum nun wirklich nichts, aber auch gar nichts, zu tun. Man kann also getrost behaupten, dass die CDU ihren Anspruch, christliche Partei zu sein, aufgegeben hat. Ich streiche ihr also das „C“ ihres Kürzels. „DU“, „Demokratische Union Deutschlands“.

Demokratisch, mh. Ist die „DU“ eine demokratische Partei? Dem äußeren Anschein nach schon; wenn man allerdings sieht, dass ihr Wahlprogramm 2009 noch nicht einmal von einem Parteitag formal beschlossen wurde, sondern nur von einem Führungsgremium, dann kommt man schon ins Grübeln. Weiterhin sind im „DU-Präsidium Leute wie Gottfried Ludwig, die nichts vom gleichen Wahlrecht halten. Und von Volksentscheiden hält die „DU“ auch nichts. Kurz und gut: auch das „D“ kommt weg.

Also „U“, Union Deutschlands. Warum nicht?

Christian Soeder

TOBIN-STEUER?

Seit den 1970er Jahren gibt es die Forderung nach der Tobin-Steuer, seit 1997 engagiert sich „attac“ dafür. Jetzt treten mit SPD-Kanzlerkandidat und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück zwei politische Schwergewichte dafür ein. Und viele Kommentare in Medien und Zeitungen sind zustimmend.

Man sollte meinen, nun würden sich Globalisierungskritiker freuen, dass sich ihr jahrelanger Kampf gelohnt hat und ihre Forderungen Öffentlichkeit erhalten. Aber das wäre wohl zu rational und logisch: es ist doch viel einfacher, sich zu beschweren, dies sei „ja nur Wahlkampf“ – statt gemeinsam mit Steinmeier, Steinbrück und der SPD Seit’ an Seit’ zu schreiten. Das alte Problem der Linken: gute Ideen dürfen auf keinen Fall übernommen werden, und Kompromisse sind sowieso Verrat und außerdem böse.

Christian Soeder

PARTEIENSYSTEM — GESCHNITTEN ODER LIEBER AM STÜCK?

Die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen eines Landes spiegelt sich sehr häufig im Parteiensystem wieder. Normalerweise sind die politische Stabilität und die Fähigkeit eines Landes, auf Veränderungen der Umstände zu reagieren, um so gefährdeter, je stärker das Parteiensystem zersplittert ist. Mit „zersplittert“ meine ich nicht notwendigerweise die schiere Zahl der Parteien, die im Parlament vertreten sind, sondern in erster Linie, wie kompromissbereit die verschiedenen Parteien innerhalb der Richtungen

und auch über die Mitte hinweg sind und auch die Größe der Randgruppen. Abschreckendes Beispiel sollte hier das Nachkriegsitalien bis 2001 sein.

In den Niederlanden ist das Parteiensystem in den letzten Jahren sehr aus den Fugen geraten, sodass sogar eine Große Koalition keine Mehrheit mehr hat. Dort sitzen mittlerweile die im Maoismus verwurzelte Socialistische Partij als drittstärkste Kraft, die rechtsextreme Partij voor de Vrijheid, eine Tierschutzpartei, sowie diverse christliche Splittergruppen im Parlament. Insbesondere der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid hat diese Vielfalt nicht gut getan. Weil weder auf der Rechten, noch auf der Linken eine Regierungsbildung wegen auseinanderfallender Positionen nicht möglich war, war eine Große Koalition unter Einschluss einer Kleinpartei nach der letzten Wahl fast erzwungen. Die Sozialdemokraten befürchten ihren Abstieg in die Marginalisierung, die einzige Machtoption für die Zukunft scheint die Juniorpartnerposition in einer Großen Koalition zu sein; bei der Europawahl haben sie ein historisch schlechtes Ergebnis erzielt.

Parallelen?

Das Beispiel ist Ausdruck eines europäischen Trends. Ob in Großbritannien, Schweden, Österreich oder Belgien: In vielen Ländern sprießen neue Parteien aus dem Boden oder alte Kleinparteien legen zu und graben somit den alten Volksparteien in erheblichem Maß das Wasser ab. Die neuen Parteien sind ein buntes Völkchen: Linksaußen und Grünalternative, Piraten, Rechtsextreme, Liberale, Europakritiker. Meist wurde ihr Aufkommen durch Wahlsysteme in den entsprechenden Ländern ermöglicht, das deutsche Wahlrecht ist da weniger großzügig. Die Volksparteien haben auch hier aber empfindlich verloren. Besteht die Möglichkeit einer weiteren Ausweitung des Parteiensystems auch in Deutschland?

Betrachten wir zunächst die politische Linke: Hier gibt es insbesondere zwei Phänomene zu beobachten. Zuerst das Aufkommen der Piraten, die sich in der Regel aus ehemaligen Anhängern von SPD und (zu einem kleineren Teil) den Grünen rekrutieren, die durch den Frust vieler über die Sicherheitsgesetze von Schily und Schäuble zu den Piraten getrieben wurden. Darüber ist in diesem Blog bereits ausreichend diskutiert worden, ich möchte dieses Fass nicht noch einmal aufmachen. Kurzfristig werden die Piraten die Parla-

mente nicht kapern, mittel- und langfristig könnte die Netz-Community eventuell schon genügend Anhänger aktivieren, um dahingehend Erfolge zu feiern. Vieles wird vom Verhalten der SPD in den nächsten Jahren abhängen; ich hoffe und kämpfe dafür, dass sie sich von der Krankheit der Paranoia, die die Innenpolitik in den letzten acht Jahren (gestern war der achte Jahrestag des 11.9.2001) endlich kurieren kann. Ein anderes Thema haben die Piraten nicht; das könnte sich allerdings ändern, wenn die SPD ihnen weiterhin Anhänger in die Arme treibt.

Ich sehe noch weiteres Potential: Die Linke wird sich in den nächsten Jahren zwangsläufig nach rechts bewegen; es ist längst kein Geheimnis mehr, dass sie regieren will (die Grünen haben dafür länger gebraucht). Die West-Linke besteht zu einem sehr großen Teil (bis in die Bundestagsfraktion) aus linken Fundamentalisten, die jedes Abweichen von ihrer reinen Lehre für einen Verrat halten (ein auf der Linken überall auf der Welt weit verbreitetes Phänomen). Manche haben offen gesagt, dass sie die Linke wieder verlassen würden, wenn diese sich zu marktwirtschaftlich oder in sonst irgendeiner Weise zu wenig linksaußen gerieren würde. Diese Gruppe hätte ohne die Ostinfrastruktur nun wirklich nicht das Potential, irgendwo 5 % zu bekommen, jedoch könnte sie sich zu einem handfesten Problem für die Linke entwickeln. Die Saat des Konfliktes ist angelegt, nach der Bundestagswahl könnte er ausbrechen.

Betrachten wir nun den liberal-konservativen Teil der Republik. Hier ist eine Bewegung von der Union zur FDP festzustellen, weil viele der Union den Vorwurf machen, sie habe ihre marktwirtschaftlichen Prinzipien verraten.

Meiner Beobachtung nach gibt es allerdings noch ein zweites Phänomen. Es gibt meiner Feststellung nach eine erhebliche Anzahl konservativer christlicher (in der Regel katholischer) Wähler – die Basis der Union -, bei denen es erheblich rumort. Viele stören sich an Merkels Papstkritik, nicht, weil man den Papst nicht kritisieren soll, sondern, weil Angela Merkel in den Augen vieler Konservativer damit ihre Stammwähler vernachlässigt und als zu selbstverständlich voraussetzt. Auch ansonsten wird gemosert, die christlichen Werte würden von der Pfarrerstochter Merkel nicht ausreichend hochgehalten.

Was diesen Wählern fehlt, ist eine Alternative. Das Abspalten liegt den Konservativen nicht. Zur antiklerikal eingestellten FDP gehen diese Wähler nicht. Und so verzweifelt, dass sie sich mit Gabriele Pauli, der bizarrsten Selbstdarstellerin der deutschen Politik, zusammentun, sind sie nun auch wieder nicht.

Die Freien Wähler kämen als Konkurrenz zu Union im bürgerlichen Lager in Betracht, jedoch sind diese sehr heterogen und vor allen Dingen zumeist ausschließlich auf Kommunalpolitik fixiert. Außerdem sind viele der Freien Wähler überhaupt nicht konservativ und würden sich gegen eine Vereinnahmung durch christliche Wähler wehren.

Mal angenommen, die Alternative bestünde aber, sagen wir mal, eine Art rechter Flügel der CSU auf Bundesebene: Könnten sie es schaffen? Ihr Potential an Wählern ist groß, die Frage ist, ob diese Leute auch tatsächlich abtrünnig werden würden. Auf der Rechten ist die Lust am Radau nicht ausgeprägt; ich vermute, wenn es wirklich hart auf hart käme, würden die Unionsgranden wahrscheinlich irgendein Zuckerstück hinwerfen und die erwähnten Wähler würden sich davon ködern lassen.

Meiner Einschätzung nach gibt es diese drei Richtungen, wie das Parteiensystem, das lange Zeit nur am Stück verkauft wurde (eigentlich bis 2005 in zwei Blöcken) weiter geschnitten werden könnte. Was ist, wenn wir am Ende anstatt der sechs Parteien, die es im Moment sind, acht Parteien ins Parlament gewählt bekommen? Gerade uns sollte Italien ein abschreckendes Beispiel sein. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges existierte in Italien eine Linke, die zwar stark aber zersplittert und völlig regierungsunfähig war. Das hat sich durch die Fusion zum Partito Democratico vielleicht verändert; ob sie tatsächlich regieren kann, muss sich noch zeigen. Mein Horror ist, dass wir uns eines Tages ähnlich lange andauernde Regierungen wie in Italien haben (bis 2001 ca. 1 Jahr pro Regierung).

Es geht aber auch anders. In Dänemark und Spanien sind Minderheitsregierungen normal. Vielparteienkoalitionen haben in Belgien lange funktioniert.

Ein verändertes Parteiensystem wird die Politik so oder so vor große Herausforderungen stellen. Das ist schon dann der Fall, wenn keine neuen Parteien entstehen, sondern lediglich die bestehenden „Kleinere“ größer werden und daher großes Selbstbewusstsein entwickeln.

Die Zeiten Kohls oder Schröders, als der große Koalitionspartner seinem Partner einige Politikfelder zuweisen und auf den übrigen seinen eigenen Willen weitgehend ungehindert durchsetzen konnte, werden auf jeden Fall vorbei sein. Das könnte Angela Merkel als Erste zu spüren bekommen, hätte sie es mit einer 12-15% starken FDP zu tun ... Doch halt, dazu wird es nicht kommen, weil am 27. September schwarz-gelb nicht gewinnen wird.

Bastian Jansen

WAHLKAMPF UND WAHLWERBUNG

Wahlkampf als Begriff trägt in sich zwei verschiedene Bedeutungen: einmal die „Wahl“, welche prinzipiell automatisch mit Freiheit und Selbstbestimmung einhergeht und dem Zwang als Gegensatz zuzuordnen ist, wohingegen der zweite Wortteil „Kampf“ eher mit Zwang verbunden wird.

Dieser Bedeutungsunterschied schwingt immer mit, wenn vom Wahlkampf die Rede ist: Es ist ein Kampf mit Worten, nicht mit Schwert und Faust, ein Kampf, der ein freiheitliches Recht, das Wahlrecht, beeinflussen möchte, nämlich in die eine oder andere Richtung. Der

Wahlkämpfer, so die Wahrnehmung, übt also Zwang aus, durch den Versuch der Beeinflussung.

Dieser Sachverhalt erklärt vielleicht, weshalb Wahlkampf als negativ wahrgenommen wird, wenn zu sehr der Aspekt Kampf und weniger der Aspekt Wahl betont wird: die freie Wahl ist eminent wichtig für unsere Demokratie nach westlichem Verständnis, zu einer freien Demokratie gehören freie Wahlen – und zu Wahlen gehört Wahlkampf mit dem Ziel,

die eigenen Punkte und Positionen herauszuarbeiten, wohingegen die Wahlkampfgegner bewahlkämpft werden müssen. Doch dieses Bewahlkämpfen darf man nicht übertreiben, besonders in Deutschland: Schon die doch ziemlich handzahmen Finanzhai-Plakate der SPD im Europawahlkampf wurden als bedrohlich empfunden.

Wahlwerbung ist ein ähnlich spannender Begriff: Zum Kämpfen für die eigenen Inhalte gehört auch das Werben für die eigene Sache dazu, also das Wahlwerben im Wahlkampf mit dem Ziel, die Wahl zu beeinflussen; ob es gelingt oder nicht, weiß man im Vorfeld nicht, auch Umfragen können hier nur schlecht Auskunft geben – der Souverän ent-

scheidet am Tag der Wahl, nicht früher. Ob Wahlkampf und Wahlwerbung Früchte trugen, behalten die umwahlkämpften und umwahlworbene Bürger für sich.

Henry Ford sagte einmal: „Die Hälfte unserer Werbeausgaben ist nutzlos. Wir wissen nur nicht, welche Hälfte es ist.“ Philipp Wrigley meinte auf die Frage eines Journalisten im Flugzeug, warum er die Werbung nicht einstelle, wo doch bereits jetzt alle Welt seine

Kaugummis kaufe: „Wir haben schon seit geraumer Zeit unsere Flughöhe von 6.000 Metern erreicht. Schlagen Sie wirklich vor, dass ich jetzt ins Cockpit gehe und den Piloten anweise, die Motoren abzuschalten, um Treibstoff zu sparen?“

Christian Soeder

TERMINE

- ◆ 30.09.2009: Mitgliederversammlung mit Wahl-Nachlese, Eppelheim
- ◆ 30.10-01.11.2009: Epfenbachseminar
- ◆ 11.10.2009: Juso-Landesausschuss, Stuttgart Bürgerhaus Rot
- ◆ 16.10.2009: Kreisparteitag der SPD Rhein-Neckar
- ◆ 23.12.2009: Rote Weihnacht, Weinheim (?)



Bild: Norbert Theobald (Büro Lothar Binding MdB)

Impressum und Kontakt: Bastian Jansen, c/o Jusos Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg, eiver@jusos-rhein-neckar.de. Die hier veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Jusos Rhein-Neckar wieder, sondern die Meinung des Verfassers.